

KÜNAST

Juniorpartner, das war einmal

Grüne Fraktionschefin gegen sozialdemokratischen Platzhirsch, in Berlin wird sie erstmals offen ausgetragen – die Schlacht um die Vorherrschaft im rot-grünen Lager. Juniorpartner, das war einmal.

Renate Künast hat durchaus Chancen, den seit 2001 regierenden Amtsinhaber im September zu schlagen. Schließlich hat Klaus Wowereit, der mit den Linken regiert, seinen Zenit überschritten. Von früheren Popularitätswerten ist er weit entfernt, wirkt oft lustlos und amtsmüde. Und das ist nicht gut so für die SPD.

Ganz anders die frühere Agrarministerin Künast, die jetzt die grüne Bundestagsfraktion führt und zurzeit vor Selbstbewusstsein geradezu strotzt. Kein Wunder, wird sie doch getragen von einer grünen Erfolgswelle, die noch vor kurzem unvorstellbar war. In

Ein Kommentar
von Claus Lingenauber



Berlin liegen die Grünen in Umfragen mittlerweile vor der SPD.

Doch allzu schnell sollte man Wowereit nicht abschreiben. Der 57-Jährige gilt als begnadeter Wahlkämpfer. Es wird also spannend – aber nicht nur an der Spree. Sechs Landtagswahlen finden nächstes Jahr statt. Und selbst wenn Künast in Berlin siegen sollte, muss sie nicht zwangsläufig die erste grüne Regierungschefin in Deutschland sein. Wegen „Stuttgart 21“ ist auch in Baden-Württemberg eine Überraschung möglich. Und da wird schon im März gewählt. SEITE 4

KARMANN-RETTUNG

Neue Autozukunft in Osnabrück

Ende gut, alles gut? Na ja, jedenfalls soweit es möglich war. Gut ein Jahr nach der Pleite des renommierten Autozulieferers Karmann herrscht wieder berechtigte Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Osnabrück, dem Stammsitz der Ex-Familienfirma.

Nachdem VW die Karmann-Fahrzeugfertigung mit 1000 Fachkräften durch Neugründung gerettet hat und dort bald das neue Golf-Cabrio herstellen lässt, ist auch die Zukunft der Autozukunft gesichert. Auch dabei hat offenbar VW die Hände im Spiel gehabt.

Warum? Käufer des Karmann-Bereichs ist der Karoseriespezialist Valmet, der in Finnland eine ähnliche Rolle spielt wie Karmann in Deutschland – und der so qualifiziert ist, dass er für Porsche die Modelle Boxster und Cayman fertigt. Da Porsche vom künftigen Mutterkon-

Ein Kommentar
von Dirk Busche



zern VW gelenkt wird, haben die Wolfsburger beste Kontakte zu den Finnen.

Die Hilfe bei der Käufersuche für die Dachsparte ist auch Wiedergutmachung. Karmann war in Not geraten, da die VW-Tochter Audi in Osnabrück die Fertigung ihres A-4-Cabrios auslaufen ließ – ohne Anschlussauftrag. Durch den Karmann-Deal verdoppelt sich die Valmet-Belegschaft auf 1500 Beschäftigte.

Ob das auch den Industriestandort Finnland aufwertet, dessen Image unter den jüngsten Problemen des Handy-Riesen Nokia leidet? Wohl kaum. SEITE 8



SOLLTE BEFREIT WERDEN: Ein Kameruner wollte den verurteilten Terroristen Daniel S. freipressen.

Terror-Anhänger im Saarland verhaftet

SAARBRÜCKEN. Nach dem Auftauchen von islamistischen Drohvideos haben saarländische Sicherheitskräfte gestern in Neunkirchen einen Kameruner verhaftet. Der Mann werde verdächtig, Bombenanschläge vorgehabt zu haben, sagte Staatsanwalt Bernd Meiners in Saarbrücken.

Der seit Monaten vom Verfassungsschutz beobachtete 18-Jährige hatte nach Erkenntnissen der Ermittler unter anderem in Videos mit Anschlägen für den Fall gedroht, dass der in Saarbrücken inhaftierte Terrorist Daniel S. nicht bis Ende November freigelassen wird. Dann soll er sich

im Internet Anleitungen zum Bombenbau geholt haben.

Meiners und der Leiter des Landeskriminalamtes, Franz Josef Biesel, betonten, es handele sich den bisherigen Ermittlungen zufolge um einen „Einzeltäter“. Er habe keine Kontakte zu der Terrororganisation Al Kaida knüpfen können und kannte Daniel S. nicht persönlich. Dieser sei aber ein „großes Vorbild“, so die Ermittler. S. hatte sich von den Videos distanziert. Er war im März zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden, weil er zusammen mit zwei Komplizen Anschläge auf US-Militäreinrichtungen geplant hatte.

INLAND KOMPAKT

Streit um Adoptionsrecht

Gefährden Homosexuelle das Kindeswohl?

BERLIN. Die Unionsbundestagsfraktion lehnt ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ab. Als Grund nannten der Fraktionsvize Günter Krings und die rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion Andrea Voßhoff (beide CDU) die Sorge um das Kindeswohl. Kinder wachsen heute zwar nicht immer in Familienverhältnissen mit Vater und Mutter auf, ebenso könnten sich auch Homosexuelle aufopfernd und liebevoll um Kinder kümmern, die „unterschiedliche Geschlechtlichkeit der Eltern“ sei für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder aber „von entscheidender Bedeutung“.

Immer mehr Rentner arbeiten

Zahl der Mini-Jobber steigt um 30 Prozent

WÜRZBURG. Immer mehr Rentner haben neben ihren gesetzlichen Altersbezügen noch einen Mini-Job. Nach einem Bericht der in Würzburg erscheinenden „Main-Post“ gab es Ende 2009 rund 775 000 Menschen im Alter ab 65 Jahren, die einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgingen. Das seien 30 Prozent mehr gewesen als im Jahr 2003. Der Anteil der Mini-Jobber in der Altersgruppe 65 plus liege bundesweit bei 4,6 Prozent. Das Blatt beruft sich auf eine Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfaktion.

NPD-Parteitag findet statt

Gericht weist Beschwerde zurück

HOHENMÖLSEN. Die rechtsextreme NPD darf ihren Bundesparteitag in Hohenmölsen in Sachsen-Anhalt durchführen. Das Obergericht in Magdeburg wies die Beschwerde der Stadt gegen die Anmietung des Bürgerhauses durch die NPD gestern zurück und bestätigte damit die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Halle. Solange die NPD nicht durch das Bundesverfassungsgericht verboten sei, dürfe sie nicht von der Benutzung gemeindlicher Einrichtungen ausgeschlossen werden.

ZITAT DES TAGES

Ich kann Ihnen versichern, eher verlässt ein Sigmar Gabriel die SPD als ich.



Thilo Sarrazin, Ex-Bundesbankvorstand, über sein Parteiausschlussverfahren.

Nobelpreis: China droht Deutschland

Peking spricht von „Konsequenzen“ für alle Teilnehmer an Gala für Liu Xiaobo

China fährt schweres Geschütz auf: Wer an der Nobelpreisvergabe für den Bürgerrechtler Liu Xiaobo in Oslo teilnimmt, muss mit politischen Folgen rechnen.

VON ANDREAS LANDWEHR

PEKING. China warnt Deutschland und andere Länder vor einer Teilnahme an der Zeremonie zur Verleihung des Friedensnobelpreises für den in-

haftierten chinesischen Bürgerrechtler Liu Xiaobo. Gedroht wird mit „Konsequenzen“. Die Bundesregierung lässt sich nicht beirren und hält an einer Teilnahme fest. Das Auswärtige Amt bekräftigte die Forderung nach Freilassung des Preisträgers.

Chinas Vizeaußenminister Cui Tiankai bezeichnete die Unterstützung für Liu Xiaobo als Affront gegen das Justizsystem. „Die Wahl, vor der einige europäische Länder und andere stehen, ist klar und einfach: Wollen sie Teil eines poli-

tischen Spiels sein, das Justizsystem Chinas herauszufordern, oder wollen sie auf verantwortliche Weise echte freundschaftliche Beziehungen mit Chinas Regierung und Volk entwickeln?“ Sie müssten sich entscheiden, sagte Cui Tiankai mit Blick auf die Zeremonie am 10. Dezember in Oslo: „Wenn sie die falsche Wahl treffen, müssen sie die Konsequenzen tragen.“

Chinesische Diplomaten wurden in der deutschen Botschaft in Oslo mit einer mündlichen Note vorstellig, wie das

Auswärtige Amt in Berlin bestätigte. Die deutsche Position sei bekannt, sagte eine Sprecherin. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hätten die Vergabe an Liu Xiaobo begrüßt und hofften, „dass der Preisträger selbst den Preis entgegennehmen kann“. Traditionell entsende die Bundesregierung einen Vertreter zu der Feier. Es gebe „keinen Grund, von dieser langjährigen Praxis abzuweichen“.

In China steht nun auch der bekannteste Gegenwarts-

künstler des Landes Ai Weiwei unter Hausarrest. Der 53-Jährige stellt gerade in der Londoner Tate Modern aus und hat das „Vogelnest“ genannte Olympiastadion in Peking mitentworfen. Die Polizei habe ihn aufgefordert, sein Haus mindestens bis Sonntag nicht zu verlassen, teilte Ai Weiwei telefonisch mit. Er wollte am Sonntag in Schanghai den zwangsweisen Abriss seines Studios in der Hafenstadt mit einem Aktionsfest begehen. „Ich darf nicht hingehen“, sagte Ai Weiwei, „es sind Zwangsmaßnah-

men. Meine persönliche Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.“

Der chinesische Bürgerrechtler Liu Xiaobo ist diesjähriger Friedensnobelpreisträger. Er wurde im Dezember 2009 zu elf Jahren Haft verurteilt. Ein internationales Anwaltenteam reichte bei der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen eine Klage ein, um die Freilassung von Liu Xiaobo zu erreichen.

Die Anwälte forderten auch ein Ende des Hausarrests für seine Frau Liu Xia.



KRITIK: Menschenrechtsaktivisten fordern beim Staatsbesuch von Hu Jintao in Frankreich die Freilassung von Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo.

Festnahmen nach Protest in Frankreich

PARIS. Am Rande des Frankreichbesuchs des chinesischen Präsidenten Hu Jintao haben Sicherheitskräfte mehrere Menschenrechtler festgenommen.

Aktivisten hatten dem im Auto vorbeifahrenden Staatspräsident Regenschirme mit der Aufschrift „Befreie Liu Xiaobo“ entgegenstrecken wollen. Daraufhin sei sofort die Polizei eingeschritten und habe sechs Menschenrechtler festgenommen, berichtet die Organisation „Reporter ohne Grenzen“.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy traf sich gestern mit Hu Jintao zu Gesprächen über eine Reform des Weltfinanzsystems. Zuvor waren milliardenschwere Handelsverträge abgeschlossen worden.

Göttinger Wissenschaftler entdecken „Dalai-Lama-Effekt“

Wer China reizt, muss Konsequenzen fürchten – zwei Göttinger Volkswirte belegen, dass Besuche des Dalai Lama für Staaten teuer werden können.

VON ANJA SCHMIEDEKE

HANNOVER. China nutzt seine Handelsmacht offenbar gezielt als Strafinstrument. Laut einer Studie von zwei Volkswirten an der Uni Göttingen müssen Staaten, die den von Peking geächteten Dalai Lama empfangen, mit

empfindlichen Handelseinbußen rechnen. „Jeder offizielle Empfang des Dalai Lama reduziert die Exporte des jeweiligen Landes nach China um durchschnittlich 8,1 Prozent“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Andreas Fuchs.

Der sogenannte „Dalai-Lama-Effekt“ dauere rund zwei Jahre: bis sich die Beziehungen zwischen den Staaten normalisiert



Andreas Fuchs

Und er trete auch nur dann auf, wenn das geistige Oberhaupt der Tibeter durch Staats- und Regierungschefs empfangen und damit besonders gewürdigt wird. Auf Treffen lediglich mit Ministern reagiere China offenbar nicht so drastisch.

Fuchs und sein Co-Autor Nils-Hendrik Klann haben die Exporte aus 159 Ländern nach China untersucht und dies für den Zeitraum zwischen 1991 und 2008 mit den Reiseplänen des Dalai Lama verglichen.

Einen Einfluss der Besuche auf die Handelsbeziehungen stellten



Dalai Lama

sei der Nachweis konkreter Sanktionen schwer, erläutert Fuchs: „Die chinesische Führung verhängt nicht offiziell konkrete Strafmaßnahmen oder kündigt Verträge. Aber neue Abschlüsse kommen nicht zustande, weil bei-

spielsweise Handelsdelegationen abgesagt werden.“

Zu spüren bekämen das etwa die Maschinenindustrie und die Hersteller von Transportmitteln, erläutert der Volkswirt. Die Aufträge für diese teuren Güter würden oft bei Delegationsreisen vorbereitet.

Um den „Dalai-Lama-Effekt“ zu begrenzen, seien international abgestimmte Treffen mit dem Tibeter denkbar, meint Fuchs: „Eine solche Strategie könnte verhindern, dass China seine Handelspartner gegeneinander ausspielen kann.“

NPEOPLE

Lästerminister Schäuble faltet seinen Sprecher zusammen

Satte 61 Milliarden mehr in der Staatskasse bis 2012 – Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hätte gut gelaunt sein können, als er es am Donnerstag verkündete.

War er aber nicht – sondern zornig auf seinen Sprecher Michael Offer. Dessen Team hatte versäumt, die Unterlagen für die 50 Medienleute vor dem Start der

Pressekonferenz zu verteilen. Offer wollte es erklären, doch Schäuble faltete ihn vor laufenden TV-Kameras zusammen: „Reden Sie nicht, sorgen Sie dafür, dass die Zahlen jetzt verteilt werden.“ Offer kleinlaut: „Meine Kollegen kümmern sich ja schon.“ Was Schäuble zum Eklat provozierte: „Und so lange verlass ich jetzt noch

mal diese Pressekonferenz. Wenn Sie die Zahlen verteilt haben, sagen Sie Bescheid.“ Bevor der Minister aus dem Saal rollte, rief er: „Das hatte ich Ihnen vor einer halben Stunde gesagt. Sorry! Ich hatte Ihnen die Wette angeboten, Sie werden sie nicht verteilt haben.“

Nach 20 Minuten war Schäuble wieder da. Ohne

Sprecher: „Kann mir mal einen Offer herholen? Wir warten noch, bis der Offer da ist, er soll den Scherbenhaufen selber genießen“, stänkerte der Politiker, leicht schmunzelnd. Kaum war Offer zurück und hatte erklärt, sein Team habe die Presseunterlagen mit wichtigen Grafiken als kommunikative Neuerung versehen, ließ

Schäuble die nächste Lästersalve los: „Wenn Sie bisher nicht verteilt hatten, ist es auch keine Neuerung.“ Offer erstarrte kurz. Und Schäuble besänftigend: „Jetzt fangen Sie an, kommen Sie! Ich zeige heute meine spöttische Seite.“ Das passende Video bei Youtube und ZDF wurde gestern übrigens viele tausend Male angeklickt.



Der promovierte Jurist Wolfgang Schäuble (68) hat schon 15 Jahre als Bundesminister hinter sich. Dreimal führte er das Innenressort, seit Herbst 2009 ist er Kassenwart im Kabinett Merkel II.